

SPD demokratischer pressediens

P. XXV/208

3. November 1970

Vorbeugen ist besser als strafen

Moderne Erkenntnisse der Kriminologie

Von Karl Hemfler SPD-MdL
Hessischer Minister der Justiz

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Washington stützt Bonner Ostpolitik

Vergebliche Oppositionsreisen in die
Vereinigten Staaten

Von Alwin Brück SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Der neue Mann in Chile

Ein notwendiges Wort zum Amtsantritt Allendes

Seite 5 / 29 Zeilen

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Nach 26 Jahren wieder in Breslau

Seite 6 / 45 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Der Spuk vom westdeutschen Revanchismus
Befriedigt aus Ungarn zurückgekehrt
Die deutschen Fragen offen halten
Selbstkritik der Prager Volkszeitung
Projekte für die Legislaturperiode
Landesbeirat fordert Dynamisierung der Unter-
haltshilfe
Hessen fördert ostkundliches Schrifttum
Ministerpräsident empfängt Landmannschaft
Erstveröffentlichung aus Hauptmanns Werk

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9169
Pressnhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 843/866 847/
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Vorbeugen ist besser als strafen

Moderne Erkenntnisse der Kriminologie

Von Karl Henfler SPD-MdL

Hessischer Minister der Justiz

Die Kriminologie, also die Lehre von den Erscheinungen und Ursachen der Verbrechen, hat noch nicht die Beachtung gefunden, die ihr für eine wirksame Verbrechensbekämpfung zukommt. Angesichts steigender Kriminalitätsziffern ist dies besonders bedauerlich. Ich will nicht bestreiten, daß bereits eine Menge vorzüglicher wissenschaftlicher Untersuchungen vorliegt. Aber die Erkenntnisse der kriminologischen Forschung werden in der Rechtspraxis kaum angewandt. Schuld daran trägt nicht zuletzt die Struktur der überkommenen Juristenausbildung, die der Kriminologie meist den bescheidenen Platz eines Liebhabersfachs zuweist.

Der Ausbau der kriminologischen Forschung unter Berücksichtigung soziologischer, pädagogischer und psychologischer Erkenntnisse hat am Anfang jeder Betrachtung zu stehen, die sich mit der Verbrechensbekämpfung befaßt. Dies gilt in besonderem Maße für die vorbeugenden Maßnahmen. Aus der Medizin ist der Grundsatz bekannt: Vorbeugen ist besser als heilen! Vorbeugen ist aber auch besser als strafen! Zwar gebe ich mich nicht der Illusion hin, daß durch vorbeugende Maßnahmen das Verbrechen ausgerottet werden könnte. Unbestreitbar dürfte jedoch sein, daß bestimmte Lebensverhältnisse die Kriminalität fördern und eine Veränderung dieser Verhältnisse sich daher in gewissem Maße verbrechensverhütend auswirkt. So ist der unmittelbare Zusammenhang zwischen Kriminalität einerseits und materieller Not, schlechter Erziehung und Ausbildung sowie ungünstigen Familienverhältnissen andererseits augenscheinlich.

Es ist eine wesentliche Aufgabe moderner Kriminalpolitik, derartige Zusammenhänge aufzudecken, um die Ursachen der Verbrechen nach Möglichkeit zu eliminieren, bevor es zur Entladung, zum Konflikt mit der Rechtsordnung kommt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer breit angelegten kriminologischen Grundlagenforschung, die sich auch auf Bereiche erstrecken müßte, an die bisher kaum gedacht wird. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht.

Nach den Erkenntnissen der Psychoanalyse ist jeder Mensch mit Aggressionen behaftet. Es ist Aufgabe der Sozialisierung des einzelnen Menschen, diese Aggressionen so zu steuern, daß sie in gesellschaftlich unschädlicher Weise oder - soweit möglich - sogar nutzbringend entladen werden können. Dies läßt sich mitunter auf recht überraschende Weise erreichen. So wurde in hes-

sischen Strafanstalten die Erfahrung gemacht, daß Strafgefangene, die sich für sogenannte "Intelligenzarbeiten" nicht eignen und daher auf eigenen Wunsch mit schweren körperlichen Arbeiten, zum Beispiel dem Zerkleinern von Schrott, beschäftigt werden, danach in geringerem Maße dazu neigten, das Zelleninventar zu beschädigen oder sonst gegen die Ordnung in der Anstalt zu verstoßen. Und im "Spiegel" war kürzlich zu lesen, daß Soldaten einer amerikanischen Armeeeinheit ihre gestauten Aggressionen durch Zertrümmern schrottreifer Personenwagen mit schweren Schmiedehämmern abreagieren können, wann immer ihnen danach zumute ist; die Zahl der Sachschäden in den Unterkünften soll spürbar abgenommen haben, seitdem es diese "Frustrations-Grube" gibt.

Aggressionsstau und -befriedigung dürften auch für bestimmte Bereiche besonders der Jugendkriminalität nicht die alleinige, aber doch eine gewichtige Rolle spielen. Ich denke zum Beispiel an "Rocker" und Schlägerbanden. Es ist bekannt, daß der moderne Arbeitsprozeß dem einzelnen Menschen immer weniger Raum zur Entfaltung seiner Persönlichkeit läßt. Rationalisierung und Mechanisierung bestimmen bereits weitgehend den Arbeitsablauf; sie führen zu stärkerer Arbeitsteilung und damit nicht selten zu stumpfer Monotonie am Arbeitsplatz. Jugendliche sind nun aber erfahrungsgemäß noch viel weniger als Erwachsene bereit, sich diesen Zwängen widerstandslos zu fügen. Sie schlagen daher auch eher "über die Stränge"; ihre im Arbeitsleben nicht verbrauchte Aggressivität entläßt sich gewaltsam und zum Teil eben in kriminellen Akten bei denen, für die zum Beispiel der Leistungssport oder eine sonstige sinnvolle Betätigung keinen Anreiz bietet. Vorbeugende Verbrechensbekämpfung könnte hier darin bestehen, wissenschaftlich zu ermitteln, wie man diesen Jugendlichen eine Möglichkeit geben kann, ihre überschüssige Aggression in einer Weise abzuladen, die nicht kriminell ist.

Die Jugendkriminalität ist nur ein Bereich, den die kriminologische Forschung stärker als bisher ausleuchten müßte. Daß es sich aber um einen vorrangigen Komplex handelt, bedarf keiner näheren Erläuterung; denn gerade für die Entwicklung Jugendlicher ist die Berechtigung der Forderung "Vorbeugen ist besser als strafen" unabweisbar.

+ . +

Washington stützt Bonner Ostpolitik

Vergebliche Oppositionsreisen in die Vereinigten Staaten

Von Alwin Brück SPD-MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Washington geben sich zur Zeit die Abgeordneten der CDU/CSU gegenseitig die Klinken in die Hand. Sie kommen dabei nicht nur über den großen Teich, um die Meinung in Washington über aktuelle politische Fragen kennenzulernen, sondern sicher auch, um deren Meinung zu beeinflussen - vielleicht auch in der Hoffnung, in Washington Unterstützung für die eigene Politik zu Hause zu finden.

Das erstere wird ihnen gelingen, das zweite ist fragwürdig und das dritte unmöglich. Wer nach Washington pilgert, um von den Amerikanern Unterstützung gegen die Außenpolitik der Bundesregierung zu erhalten, hätte sich das Geld für die Flugkosten sparen können, mag der Besucher nun prominent oder weniger prominent sein.

Die Zahl der Besucher aus den Reihen der Opposition ist schon fast peinlich geworden, so daß es sehr nützlich ist, wenn ab und zu auch Abgeordnete der Regierungsparteien in Washington mit denen sprechen, die die amerikanische Deutschlandpolitik entscheidend prägen, damit man in Washington nicht den Eindruck gewinnt, als ob sich die Deutschen selbst als nicht unabhängig fühlten.

Wer heute in Washington politische Gespräche führt, der spürt es deutlich: Die Amerikaner verfolgen mit Sympathie die Außenpolitik der Bundesregierung - auch weil sie es begrüßen.

daß die Deutschen selbst hier die Initiative ergriffen haben. Mißtrauen haben sie schon deshalb nicht, weil sie in die Person des Bundeskanzlers unbegrenztes Vertrauen und sie an der Treue der Bundesrepublik zum Bündnis keinen Zweifel haben. Denn die Amerikaner wissen so gut wie wir, daß die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten zu viele gemeinsame Interessen haben, als daß sie sich einen Dissens in Grundfragen leisten könnten.

Die Bemühungen der Bundesregierung, zu einem besseren Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu kommen, entsprechen auch den amerikanischen Interessen. Schließlich hat der amerikanische Präsident es als sein erklärtes Ziel bezeichnet, die Konfrontation zwischen Ost und West durch Kooperation zu ersetzen.

Die Amerikaner sind sich dabei auch bewußt, welche Rolle Berlin bei den Entspannungsbemühungen spielt. Wir können daher voll auf unsere Verbündete vertrauen, zumal sie dabei die deutsche Meinung nicht unbeachtet lassen. Auch das wird in Gesprächen immer wieder deutlich.

Wer in Washington sich für Fragen nach außerhalb der Außenpolitik interessiert und beispielsweise beim Internationalen Währungsfonds Währungsprobleme diskutiert, der kann - das muß am Rande noch berichtet werden - eine für die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik wichtige Feststellung machen: Beim Währungsfonds gilt die Bundesrepublik angesichts der Geldentwertung in allen Mitgliedsstaaten als ein Beispiel der Stabilität. Aber Oppositionspolitiker erzählen so etwas sicher nicht gerne in der Bundesrepublik.

Der neue Mann in Chile

Ein notwendiges Wort zum Amtsantritt Allendes

Die feierliche Amtseinführung des neuen chilenischen Präsidenten Salvador Allende hat für viele in der Welt eine unterschiedliche Bedeutung gewonnen. Zum erstenmal in der Geschichte Chiles und Lateinamerikas ist ein profiliertes marxistischer Politiker in einem von niemandem zu bestreitenden demokratischen Wahlverfahren an die Macht gelangt. Dieser Vorgang an sich stellt den demokratischen Strukturen Chiles ein gutes Zeugnis aus. Darüber hinaus hat die Christlich-Demokratische Partei Chiles, die in der Person des auch über die Staatsgrenzen hinaus bekannten und bedeutsamen Reformers Frei den Vorgänger Allendes im höchsten Amt der Republik gestellt hatte, dem Nachfolger durch ihr Votum im Kongreß den Weg zur Machtübernahme freigegeben.

Der neue chilenische Präsident ist ein Mann lauterem Charakters; dies müssen selbst diejenigen zugeben, die zu seinen entschiedenen politischen Gegnern zählen. Die von ihm angeführte Wahlkoalition, in der seine eigene Partei, die Radikalen, und die Kommunisten die wesentlichen politischen Elemente waren, steht ohne Zweifel vor einer harten Bewährungsprobe. Das Programm Allendes ist weitreichend und zielt auf wirtschaftliche und soziale Transformationen ab. Es liegt auf der Hand, daß diese Ziele die Zahl seiner Freunde in einigen Teilen des Auslandes nicht vergrößern werden. Andererseits aber sollte man in Europa mit der Vokabel, daß Allende ein Mann des östlichen Systems sei, sehr vorsichtig sein. Wer Chile kennt, weiß, daß jeder Politiker in erster Linie chilenischer Patriot ist. In diesem Sinne sollte auch die Zusammenarbeit Europas mit Chile gesehen werden.

Hans-Eberhard Dingels

+ - -

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Nach 26 Jahren wieder in Breslau

SPD-MdB Max Seidel (Fürth/Bay.), der am 21. Januar 1906 in Breslau geboren worden ist und erst nach Kriegsende in den Westen gekommen war, hat Mitte Oktober 1970 aus eigenem Antrieb zum ersten Mal seit 26 Jahren wieder seine Heimatstadt besucht. Max Seidel gab seine Eindrücke von Breslau-Wroclaw in einem Interview mit der "Gazeta Robotnicza" wieder, das wir des aktuellen und grundsätzlichen Aussagewertes halber im Wortlaut wiedergeben:

"Gazeta Robotnicza": Sie sind zum ersten Mal nach 1944 wieder in dieser Stadt. Welche Eindrücke haben Sie von dieser Stadt?

Max Seidel: Die Lage von Breslau ist mit dem Oderstrom unverkennbar verbunden und dazu kommen markante Gebäude, die Breslau aus seiner geschichtlichen Entwicklung vorzeigt - das sind für mich alles Erinnerungspunkte von bleibendem Wert. Da ich die Zerstörung der Stadt 1945 nicht miterlebt habe, ergeben sich jetzt für mich vollkommen neue Aspekte, andere, denn jene, die ich in Erinnerung habe. Das Bevölkerungsbild hat sich geändert. Es ist jetzt eine außerordentlich junge Bevölkerung hier ansässig, das merkt man auf Schritt und Tritt.

"Gazeta Robotnicza": Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem äußerlich und menschlich veränderten Bild der Stadt?

Max Seidel: Diese Stadt hat sich in den letzten 26 Jahren verändert. 26 Jahre sind im Leben eines Menschen eine lange Zeit. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich noch einmal in diese Stadt, in der ich geboren wurde, zurückkehren könnte, denn in dieser langen Zeit hat sich diese Stadt in ihrem Wesen verändert. Diese Einsicht drängt sich wohl jedem auf, der nach so langer Zeit wieder kommt, und wer ehrlich vor sich selber ist, wird zu keiner anderen Beurteilung kommen können.

"Gazeta Robotnicza": Wenn Sie nach Hause kommen, wie werden Sie diese Schlußfolgerung politisch verwerten?

Max Seidel: Ich werde über diese Tatsache meiner Reise zu Hause berichten, vor allem über die großartige Leistung, in der die alten markanten Bauten wieder errichtet wurden, die vom geschichtlichen Werden der Stadt zeugen. Ich werde aber auch von den Veränderungen in dieser Stadt berichten, daß sich eine 25 jährige Entwicklung durch die heutige Bevölkerung, durch die in dieser Stadt Geborenen, die hier ihrer Zukunft entgegensehen, daß sich dies nicht mehr zurückentwickeln kann. Die Stadt hat heute ein unverkennbares polnisches Charakteristikum und wohl jeder, der hierherkommt, erhält diesen Eindruck.

"Gazeta Robotnicza": Hat der Besuch von Herrn Scheel am 2. November für Ihre Fraktion eine große politische Bedeutung?

Max Seidel: Das ohne Zweifel. Für mich war es immer klar, daß es zwischen beiden Regierungen und Völkern zur Verständigung kommen muß.